

OA-Update 2023/16 | Stand: 07. November

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die USA haben vergangene Woche umfangreiche neue Sanktionen gegen Russland vorgelegt. Die neuen Listen umfassen eine dreistellige Anzahl von Personen sowie auch eine Reihe von Unternehmen aus Drittländern, die an Sanktionsumgehungen beteiligt sein sollen. Sanktionen gibt es auch gegen ein russisches LNG-Projekt und die Förderung von Titan. Die EU-Kommission wird voraussichtlich kommende Woche nachlegen und ein 12. EU-Sanktionspaket gegen Russland vorstellen. Bereits seit längerem bekannt ist, dass die EU gemeinsam mit den G7-Ländern den Handel mit russischen Diamanten unterbinden will. Zu weiteren Maßnahmen, die in der Diskussion sind, gehören Exportverbote für Chemikalien und Technologien, die in der Rüstungsindustrie zum Einsatz kommen könnten. Bei den Importen aus Russland treffe es Metalle, Aluminiumprodukte und Software-Lizenzen. Auch sollen 100 weitere Personen und 40 Unternehmen auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden. Zudem sind angeblich Maßnahmen gegen Unternehmen aus Drittländern und eine Verschärfung des Ölpreisdeckels geplant. Letzterer erweist sich offenbar zunehmend als wirkungslos: Russlands Einnahmen aus Rohstoffen stiegen in den vergangenen Monaten kontinuierlich an. Den derzeitigen Diskussionsstand zum Sanktionspaket finden Sie in diesem Update. Aktuell läuft auch eine Ost-Ausschuss-Umfrage zur Lage deutscher Unternehmen in Russland. Über Ihre Beteiligung würden wir uns sehr freuen. Hier alle Themen in der Übersicht:



- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Ost-Ausschuss-Umfrage zum Russland-Engagement – jetzt beteiligen!

Viele deutsche Unternehmen haben seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ihr Geschäft in Russland stark eingeschränkt oder sich für einen Rückzug entschieden. Belastbare Zahlen dazu gibt es bisher aber nicht. Der Ost-Ausschuss führt daher eine Umfrage unter deutschen Unternehmen durch, die einen qualitativen Überblick über die Auswirkungen der Russland-Sanktionen, den Rückzug vom russischen Markt und entsprechende Umsatzverluste ermitteln soll. Wir würden uns freuen, wenn Sie an dieser Umfrage teilnehmen. Ihre Angaben sind für uns von großem Wert und werden dazu beitragen, ein aussagekräftigeres Bild der aktuellen Situation zu zeichnen. Die Umfrage wird anonym durchgeführt. Ihre Angaben werden von uns ausschließlich zur Auswertung verwendet und selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

Die Teilnahme an der Umfrage ist unter diesem Link möglich:

[Umfrage: Einbußen deutscher Unternehmen in Russland \(office.com\)](#)

Großes Interesse an Ukraine-Konferenz in Berlin

Über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten am 24. Oktober im Rahmen des 6. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforums die Reden des deutschen und ukrainischen Regierungschefs, eine Gesprächsrunde von Wirtschaftsminister Habeck mit seiner ukrainischen Kollegin Svyrydenko sowie drei hochkarätig besetzte Panel-Diskussionen. Ein Höhepunkt war die Live-Zuschaltung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Die Konferenz, die traditionell von der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), dem Ost Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) zusammen mit ukrainischen Partnern organisiert wurde, stand in diesem Jahr unter dem Motto „Integrate Ukraine“ und rückte Investitionschancen für deutsche Unternehmen im Rahmen des Wiederaufbaus des Landes in den Mittelpunkt. Hier der vollständige Bericht:

[„Die Ukraine kann sich auf Deutschland verlassen“ | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Erste Wirtschaftsdelegation besucht die Ukraine

Vom 8. bis zum 10. Oktober 2023 reiste eine erste deutsche Wirtschaftsdelegation in die Ukraine. Initiiert wurde die Reise, an der zehn Personen teilnahmen, von der weltweit agierenden Risikomanagementberatung Control Risks. Die Organisation erfolgte in Partnerschaft mit der AHK Ukraine und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Besucht wurden die beiden Wirtschaftszentren Lwiw (Lemberg) und die Hauptstadt Kyjiw inklusive kleinerer Ausflüge ins Umland der Städte. Ein wichtiges Ziel dieser „Fact Finding

Mission“ war es, die Sicherheitslage vor Ort und die Zuverlässigkeit der Transportverbindungen besser einschätzen zu können. Einen hohen Stellenwert hatten zudem Gespräche mit Vertretern von deutschen Unternehmen vor Ort, um sich über die gegenwärtigen Produktionsbedingungen zu informieren und neue Investitionschancen zu identifizieren. Hier finden Sie den vollständigen Bericht:

[Unterwegs in Lwiw und Kyjiw | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Schwaches Handelsergebnis im September – Handel mit Nachbarländern Russlands normalisiert sich

Der deutsche Handel mit den 29 Ost-Ausschuss-Ländern ging im Monat September im Vergleich zum Vorjahresmonat sowohl bei den deutschen Importen, als auch bei den deutschen Ausfuhren um rund 10 Prozent zurück. Laut den vom Ost-Ausschuss ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamts, sank dabei der Handel mit Russland um 72 Prozent, dabei gingen die Importe um 89 Prozent zurück, die deutschen Exporte sanken um 44 Prozent. Insgesamt wurden nur noch Waren in einem Volumen von 800 Millionen Euro ausgetauscht (Rund 200 Millionen Import/ 600 Millionen Export). Der deutsche Handel in die Ukraine nahm im September um zehn Prozent zu. Interessant ist auch das Ergebnis des deutschen Handels mit den Ländern Zentralasiens und des Südkaukasus. Während seit Herbst 2022 teilweise Exportseitigerungen im dreistelligen Prozentbereich zu verzeichnen waren, was den Verdacht der Sanktionsumgehungen Richtung Russland verursachte, so ist dieser Trend nahezu zum Stillstand gekommen. So sanken die deutschen Exporte nach Armenien, Georgien und Tadschikistan im September gegenüber dem Vorjahreswert. Im Handel mit Kirgisistan gab es nur noch ein kleines Exportplus in Höhe von 1,1 Prozent. Stärker wuchsen noch die deutschen Exporte nach Kasachstan (+38 Prozent) und Usbekistan (+24 Prozent). Hier die Übersicht:

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Hinweispapier des BMWK zu Sorgfaltspflichten der Unternehmen bei der Sanktionsdurchsetzung erscheint in Kürze

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will mit schärferen Maßnahmen eine Umgehung von Russland-Sanktionen unterbinden. „Wir sehen derzeit, dass Russland mit großen Anstrengungen versucht, Umwege über Drittländer zu nutzen, um an Waren zu kommen“, sagte der Grünen-Politiker Anfang Oktober dem „Handelsblatt“. Geplant sei unter anderem eine stärkere Überwachung und Verfolgung verdächtiger Unternehmen durch den Zoll und das Zollkriminalamt.

Zu diesem Themenkomplex hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auch ein Hinweispapier zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten betreffend Exportverboten erarbeitet. Zu einer ersten Vorlage hat am 17. Oktober eine Abstimmungsrunde mit Wirtschaftsverbänden stattgefunden, bei der zahlreiche kritische Punkte zur Sprache kamen. Auch der Ost-Ausschuss war an der Abstimmungsrunde beteiligt. Ziel des BMWK ist es, exportierende Unternehmen stärker für möglicherweise problematische Geschäfte zu sensibilisieren und mehr Unternehmen zu motivieren, Hinweise auf Sanktionsverstöße zu übermitteln. Das Papier hat nur empfehlenden Charakter, darauf weist das BMWK ausdrücklich hin.

Das Ministerium hat nach Angaben vom 2. November die Arbeit an dem Hinweispapier inzwischen finalisiert. Das Papier sollte demnach in Kürze auf den Internetseiten des BMWK erscheinen. Wir halten Sie darüber im kommenden Sanktionsupdate auf dem Laufenden.

[BMWK - Fragen und Antworten zu Russland-Sanktionen](#)

[BAFA - Russland](#)

Komponenten für russische Hyperschallrakete auch aus Deutschland?

Die Kh-47M2 Kinzhal ist eine Hyperschallrakete auf der Grundlage der Iskander. Sowohl die Iskander als auch die Kinzhal werden von dem in Kolomna ansässigen Unternehmen KBM (die russische Abkürzung steht für „Machine-Building Design Bureau“) hergestellt. KBM ist ein Verteidigungsunternehmen und ein Forschungs- und Entwicklungszentrum, das zu High Precision Systems gehört, einer Unternehmensgruppe innerhalb der Rostec Corporation. Das Unternehmen wird von Sergei Pitikov, 64, geleitet.

Wie das Investigativ-Portal The Insider berichtet, wurden in den Kinzhal-Raketen Komponenten einer Reihe westlicher Hersteller gefunden. Dazu zählten amerikanische Speicherchips von Texas Instruments, Analog Devices und Altera. Die in Moskau ansässige OOO ETC Electronics, eine 2021 gegründete Gesellschaft mit beschränkter Haftung, importierte diese Chips demnach über einen chinesischen Ableger mit dem Namen ETC

ELECTRONICS LIMITED. ETC Electronics sei dennoch bislang von der EU nicht sanktioniert worden.

Die Kinzhal-Komponenten würden laut The Insider auch in Europa beschafft. So soll KBM Espec-Umweltprüfkammern aus Polen importiert haben, wie Daten von ImportGenius zeigten. Die Waren wurden von INTER-TRANS SP. Z O.O. aus Siedlce versandt (die polnischen Behörden prüfen den Fall angeblich bereits).

Besonders viele Komponenten sollen auch aus Deutschland stammen: So bezog KBM angeblich Drehbänke über OOO KEB-RUS, einem Partner der deutschen Firma KEB, einem autorisierten Lieferanten von Komponenten und Entwickler von Industrieautomatisierungsanlagen. Während des Krieges habe KEB-RUS auch weiterhin deutsche Kabel importiert.

KBMs Lieferant von SANDVIK-Bohrern und anderen Werkzeugen ist ein Unternehmen namens OOO Mir Stanochnika. Dieses russische Rüstungsunternehmen bestellt SANDVIK-Produkte bei der in Berlin ansässigen IR-LOGISTIK GMBH. So wurde beispielsweise im Januar dieses Jahres eine Lieferung von Ersatzwerkzeugen dokumentiert.

Unter den Entwicklern der Kinzhal-Steuerung werde auch NIIEP (Forschungsinstitut für elektronische Geräte) von Rostec genannt. Dessen Auftragnehmer, die Aktiengesellschaft AO RADIANT-EK, lieferte demnach Spulen und Bänder für die Schutzverpackung elektronischer Bauteile von der deutschen Advantek GmbH an KMP. Hier der vollständige Bericht:

[Killjoy alert: Europe keeps supplying equipment and components to Russian missile manufacturers \(theins.ru\)](#)

Hessisches Unternehmen soll Drohnentechnik nach Russland geliefert haben

Ein hessischer Unternehmer soll Bauteile für russische Kriegsdrohnen und weitere Güter nach Russland geliefert haben - entgegen der aktuell geltenden Sanktionen. Dies berichtet die „Hessenschau“. Wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt und die Generalzolldirektion demnach mitteilten, ist am 25. Oktober ein Haftbefehl gegen den 47-Jährigen aus dem Raum Kassel vollstreckt worden. Im Zuge der Ermittlungen seien auch Geschäfts- und Wohnräume des Mannes mit russischer Staatsbürgerschaft durchsucht worden. Wo genau, konkretisierten die Behörden nicht.

Der 47-Jährige wird demnach verdächtigt, gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Er soll 2022 und 2023 „diverse elektronische Bauteile“, Modellflugzeugmotoren und weitere Güter mit einem Gesamtwert von etwa zwei Millionen Euro durch "vorgeschobene Umgehungslieferungen" nach Russland ausgeführt haben.

Die Motoren werden nach Angaben der Ermittler unter anderem in der russischen Drohne „Orlan 10“ verbaut. Dieser Drohnentyp werde durch die russischen Streitkräfte im Angriffskrieg gegen die Ukraine eingesetzt, etwa zur Zielführung von Artillerie-F Feuer.

Zudem soll der Mann zwei „hochpreisige Fahrzeuge“ nach Russland exportiert haben - auch dies ist nach aktuellen Sanktionsbestimmungen illegal.

Der Unternehmer aus Hessen habe die Güter zunächst an einen Zwischenempfänger in Hongkong geliefert, über den die Bauteile weiter nach St. Petersburg in Russland gebracht worden seien - zu einem Unternehmen, das einem Mitgesellschafter des Verdächtigen gehöre.

Den Ermittlern zufolge sind einige Lieferungen des Verdächtigen im Sommer 2023 erfolgreich gestoppt worden: So habe man 120 Motoren präventiv sichergestellt und die Ausfuhr nach Russland verhindert. Der Fall zeige, „dass die Bereiche der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung im Zollkriminalamt erfolgreich ineinandergreifen“, sagte der Direktionspräsident des Zollkriminalamtes, Tino Ingelmann. Auch der internationale Informationsaustausch mit Partnerbehörden sei für die Aufklärung des Falls besonders wichtig gewesen.

[Nordhesse soll Kriegstechnik nach Russland geliefert haben | hessenschau.de | Panorama](#)

Wintershall Dea will Ausfallgarantien des Bundes geltend machen

Wintershall Dea verhandelt nach Angaben der Wirtschaftswoche derzeit mit dem Bund über die Fälligkeit von Staatsgarantien für seine Russland-Aktivitäten. Der Besitz von Wintershall in Russland war im Frühjahr vom russischen Staat praktisch enteignet worden, das Unternehmen musste daraufhin 7,3 Milliarden Euro abschreiben.

Der Ursprung der jetzigen Verhandlung geht laut WirtschaftsWoche zurück auf das Jahr 2015 und einen Entschluss des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel: Mit Genehmigung des Bundes überschrieb Wintershall damals Gasspeicher an den russischen Staatskonzern Gazprom und erhielt im Gegenzug Anteile an einem russischen Erdgasfeld. Dazu garantierte der Bund laut WirtschaftsWoche 1,8 Milliarden Euro für die Absicherung der Investitionen von Wintershall in dem neuen Gasfeld in Sibirien. Diese Summe fordert Wintershall nun angeblich von der Bundesregierung ein. Laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ könnte es bei den Verhandlungen sogar um Forderungen in Höhe von über zwei Milliarden Euro gehen. „Das Management muss alle Maßnahmen prüfen und gegebenenfalls umsetzen, die zu einer Schadensminderung für das Unternehmen, seine Belegschaft und Stakeholder beitragen“, teilte Wintershall auf Anfrage der WirtschaftsWoche mit. Dazu gehöre auch die Inanspruchnahme von Garantien, Versicherungen und möglichen Rechtsmitteln. Für die Investitionsgarantien des Bundes zahle man seit vielen Jahren Versicherungsprämien in Millionenhöhe, sagte ein Konzernsprecher. Diese würden Risiken wie Verstaatlichung, Krieg und Enteignung abdecken.

Auch BASF würde die Auszahlung der Bundesgarantien über ihre Beteiligung anteilig zugutekommen. „Aufgrund der de facto wirtschaftlichen Enteignung in Russland sehen wir Wintershall Dea in einer sehr starken Position hinsichtlich der Bundesgarantien“, schreibt das Unternehmen per E-Mail.

[Wintershall Dea: Kostet diese Russland-Connection den deutschen Staat Milliarden? \(wiwo.de\)](#)

FAQ zu allgemeiner Hinweispflicht bei Sanktionsverstößen

Das Bundeswirtschaftsministerium bietet unter diesem Link Auslegungshinweise zur Umsetzung der Russland-Sanktionen an (Stand 4.10.):

[Fragenkatalog zu den Russlandsanktionen.](#)

3. Europäische Union

12. Sanktionspaket auf der Zielgeraden – dies ist bislang bekannt:

Die EU will kommende Woche neue Strafmaßnahmen gegen Russland bekannt geben. Die Sanktionen umfassten unter anderem neue Einfuhr- und Ausfuhrverbote, eine schärfere Ölpreisobergrenze und Maßnahmen gegen Unternehmen aus Drittländern, die die Sanktionen umgingen, kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 4. November bei einem Besuch in Kiew an.

Wie mehrere ranghohe EU-Beamte Mitte vergangener Woche schon berichtet hatten, gibt es etwa Pläne, den Handel mit Diamanten aus Russland zu beschränken. Zudem könnte es auch ein Importverbot für Aluminium sowie Exportbeschränkungen für weitere Güter geben, die sich nicht nur zivil, sondern auch militärisch nutzen lassen.

Laut Informationen von Bloomberg soll das Paket unter anderem weitere Handelsbeschränkungen in Höhe von insgesamt 5,3 Milliarden US-Dollar enthalten. Die US-Nachrichtenagentur führt unter anderem Exportverbote für Schweißmaschinen sowie Chemikalien und Technologien auf, die in der Rüstungsindustrie zum Einsatz kommen könnten. Bei den Importen aus Russland treffe es zum Beispiel Metalle, Aluminiumprodukte und Software-Lizenzen. Auch sollen 100 weitere Personen und 40 Unternehmen auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden.

Zahlreichen Medienberichten zufolge konkretisieren sich zudem die Pläne für die Beschränkung des Handels mit Diamanten aus Russland. Im Gegensatz zu Großbritannien hat die EU bislang kein Importverbot für Diamanten und Aluminium aus Russland angekündigt. Grund war bis dato vor allem der Widerstand Belgiens, wo die flämische Hafenstadt Antwerpen seit dem 16. Jahrhundert eines der bedeutendsten Diamantenzentren der Welt ist. Russland gilt wiederum als weltweit größter Produzent von Rohdiamanten. 2021 hatte der staatliche Diamantenförderer Alrosa 332 Milliarden Rubel (rund 3,23 Milliarden Euro) Einnahmen. Belgien sei inzwischen aber damit einverstanden, das G7-Verbot für russische Diamanten als Teil der nächsten Runde von Russland-Sanktionen auf die EU-27 auszuweiten, so ein europäischer Diplomat. Diamantexporte haben für den Kreml einen Wert von 4 Mrd. Euro pro Jahr und sind als Luxusymbol von symbolischem Wert.

Litauen, Estland und Polen hätten darüber hinaus detaillierte Vorschläge für weitere Sanktionen vorgelegt, berichtet der EU Observer. Die EU sollte neue Geschäfte mit dem russischen Atomkonzern Rosatom verbieten und den Kauf von russischem Uran, Flüssiggas und Stahl stoppen, so der Vorschlag Litauens. Außerdem sollte sie IT-Dienstleistungen für russische Firmen blockieren und die Ausfuhr von Lasertechnologie stoppen, zusätzlich zu den Diamanten.

Rosatom, IT-Dienstleistungen, Flüssiggas und Diamanten stehen demnach im Mittelpunkt des polnischen Vorschlags, während Estland sogar ein vollständiges Handelsembargo gegen Russland anstrebt, um eine Umgehung der Sanktionen zu verhindern. Die Zollbeamten in den an Russland grenzenden „Transit“-EU-Staaten seien nicht mehr in der

Lage, die Ausfuhren von verbotenen und nicht verbotenen Gütern zu kontrollieren, argumentierte Tallinn.

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán hat sein Veto gegen die EU-Finanzhilfe für die Ukraine eingelegt, weil Kiew seine wichtigste Bank wegen ihrer Geschäftsbeziehungen zu Russland auf die schwarze Liste gesetzt hat. Doch wie bei den Diamanten erwarteten Diplomaten auch bei Orbán einen baldigen Durchbruch, nachdem Kyjiw zugestimmt hatte, seinen Kreditgeber von der Liste zu streichen.

„Ungarn sagt, dass einige Personen, die mit den Sanktionen in Verbindung stehen, immer noch auf der Liste stehen, und dass es Garantien dafür haben will, dass so etwas nicht noch einmal passiert. Hinter den Kulissen tut sich einiges“, so der EU-Diplomat gegenüber dem EU Observer.

Die EU hat bereits russisches Öl und Gas aus Pipelines, Banken und andere Handelsgeschäfte im Wert von über 130 Mrd. EUR pro Jahr verboten und in den letzten 11 Sanktionsrunden rund 1 800 prominente Personen und Einrichtungen auf die schwarze Liste gesetzt.

Die litauischen Sanktionsvorschläge, die vom EU Observer eingesehen wurde, zeigen Schwachstellen in den EU-Sanktionen auf. „Es gibt immer noch 77 kritische Komponenten [die vom russischen Militär verwendet werden], zu denen Russland freien Zugang hat, da diese Güter und Technologien nicht unter die EU-Sanktionen fallen“, heißt es in dem Bericht. „Jüngste Expertenberichte deuten darauf hin, dass sowohl iranische als auch russische Drohnen (namentlich Mohajer-6, Shahed-136 und Orlan) aus einer breiten Palette von in westlichen Ländern hergestellten Komponenten hergestellt werden“, heißt es weiter (siehe auch Kapitel 2 zu Deutschland).

Russland habe „unbegrenzten Zugang zu Cloud-Computing-Technologien, die von Unternehmen mit Sitz in der EU und ihren Verbündeten bereitgestellt werden“, so der Bericht. Dies bedeute, dass „die europäische Computerinfrastruktur von Russland genutzt wird, um Tausende von Cloud-Speichern mit lebensrettenden Informationen über Hilfe, Schutz und Evakuierungsverfahren [in der Ukraine] anzugreifen“, und zwar über DDOS-Cyberangriffe.

Überlange Ausnahmeregelungen für russische Stahleinfuhrverbote verzerrten zudem den Stahlmarkt in der EU erheblich zugunsten belgischer und italienischer Unternehmen“, so Litauen. Die Empfehlungen von Vilnius zur „Beeinträchtigung der russischen Industriekapazitäten“ umfassten Dutzende von Seiten mit Hinweisen.

Die 12. Runde sollte auch ein Verbot von EU-Exporten von „Heizkörpern für Zentralheizungen, nicht elektrisch beheizt, und Teilen davon“ (im Wert von 49 Millionen Euro im letzten Jahr) beinhalten, fordert Litauen. Und auch der Verkauf von „Nägeln, Reißzwecken, Reißnägeln“ und „Näh- und Stricknadeln“ sollte verboten werden, so Vilnius.

Das bislang 11. und letzte EU-Sanktionspaket war im Juni in Kraft getreten.

[Russia Sanctions: EU Weighing Fresh Measures - Bloomberg](#)

[Diamonds to star in new EU sanctions on Russia \(euobserver.com\)](#)

[Diamanten im Visier: EU plant neue Sanktionen gegen Russland - ZDFheute](#)

[EU to announce new package of sanctions next week, Von der Leyen says in Kyiv – EU NEIGHBOURS east](#)

G7 schließen sich Verbot des Diamanthehandels an

Die westlichen Verbündeten der Gruppe der Sieben (G7) werden gemeinsam mit der EU „in den nächsten Tagen“ ein Verbot von Diamanten aus Russland bekanntgeben, sagte ein europäischer Diplomat dem EU Observer.

„Das System ist bereits seit einigen Wochen fertig und wir warten nun auf die endgültige Erklärung der G7, um es in Worte zu fassen und den Willen der G7 zu bestätigen, mit diesem System zu arbeiten“, fügte er hinzu.

Das G7-Verbot und die dazugehörigen Protokolle zur Rückverfolgbarkeit von Diamanten wurden gemeinsam mit Belgien, das in Antwerpen den größten Diamantenhandelsplatz der Welt beherbergt, und der Europäischen Kommission ausgearbeitet.

Auf Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, das Vereinigte Königreich und die USA (die G7) entfallen 70 Prozent der weltweiten Endverbrauchernachfrage nach Diamanten.

[Diamonds to star in new EU sanctions on Russia \(euobserver.com\)](#)

Handel mit russischen Diamanten läuft derzeit nahezu ungestört

Kurz nach Beginn des Ukraine-Krieges gaben westliche Luxusmarken wie Cartier und Tiffany bekannt, in einer freiwilligen Selbstverpflichtung keine russischen Diamanten mehr für ihre Schmuckstücke einzukaufen. Doch eine Untersuchung der ukrainischen Zeitung Kyiv Independent kommt laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau zu anderen Ergebnissen: Statt auf direktem Weg würden die Luxusmarken die wertvollen Steine aus Russland nun offenbar über Vermittler in Dubai importieren, so die Zeitung. Dabei geht es um viel Geld: Im Jahr 2021 bezifferte der staatliche russische Diamantenförderer Alrosa seine Einnahmen mit rund vier Milliarden Euro.

Zuletzt gab es Berichte darüber, dass Belgien mit einer Aufnahme von Diamanten ins derzeit vorbereitete 12. Sanktionspaket der EU gegen Russland einverstanden sei. Ein wichtiges Signal, denn die belgische Hafenstadt Antwerpen ist seit Jahrhunderten das Diamantenzentrum der Welt. Während die USA den Handel nur schwach einschränken,

hat die Europäische Union im Hinblick auf russische Rohdiamanten bislang noch keine Sanktionen implementiert. Durch eine freiwillige Selbstverpflichtung sei der Handel in der EU aber bereits um etwa 80 Prozent zurückgegangen, hieß es.

Die Reise eines Diamanten nachzuverfolgen, sei schwierig, schreibt die FR. Oftmals wechselten die Steine Dutzend Mal den Besitzer, bevor sie im Handel landen. Moskau hat laut den Recherchen des Kyiv Independent zwei Wege gefunden, um die Herkunft seiner Diamanten zu verschleiern und die Steine so weiterhin an westliche Luxusmarken verkaufen zu können. In einer Variante gehen die unbearbeiteten Rohdiamanten zunächst in die indische Stadt Surat und werden dort weiterverarbeitet und poliert. Damit gelten sie nach US-Recht nicht mehr als russisch. Kein ungewöhnlicher Weg: 90 Prozent aller Rohdiamanten der Welt werden laut Berichten in Surat geschliffen.

Noch häufiger verwendet Russland aber offenbar eine andere Verschleierungsmethode: Moskau verkauft die Rohdiamanten in Paketen als „Mischware“ zunächst nach Dubai, erst im nächsten Schritt gehen die Steine an Polierer. Das Herkunftsland der Diamanten in solchen gemischten Paketen von kleineren Steinen mit meist unter einem Karat lässt sich nicht mehr nachvollziehen – auch mit diesem Trick werden die russischen Steine plötzlich „staatenlos“. Eine wirkliche Einschränkung des russischen Handels mit Diamanten sei bislang jedenfalls nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die Umsatzerlöse von Alrosa waren 2023 laut FR höher als in den beiden Jahren zuvor.

[Ukraine-Krieg: Wie Diamantringe Putins Krieg finanzieren \(fr.de\)](#)

EU will Gewinne aus eingefrorenem russischem Vermögen in die Ukraine leiten

Im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates am 26. und 27. Oktober 2023 kündigte die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen an, dass die EU derzeit an einem Vorschlag zur Umleitung von unerwarteten Gewinnen europäischer Finanzinstitute aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten arbeitet, mit dem Ziel, die Gewinne zu bündeln und sie "en bloc" in die Ukraine zu leiten.

Dies folgt auf die einseitige Maßnahme Belgiens Anfang des Monats, einen Fonds für die Ukraine einzurichten, der durch Steuereinnahmen aus den Zinserträgen belgischer Einrichtungen auf eingefrorene russische Vermögenswerte finanziert wird.

Die belgische Regierung hat konkret angekündigt, Zinsgewinne aus dem eingefrorenen russischen Zentralbankgeld der Ukraine zu übergeben. Die Rede ist von den Steuern auf die Kapitalerlöse. Für das laufende Jahr seien dies 625 Millionen Euro und im nächsten Jahr 1,7 Milliarden Euro. Belgien kam damit der EU-Kommission zuvor, die noch nach einem rechtssicheren und von den Mitgliedsländern akzeptierten Verfahren zur Abschöpfung der Kapitalgewinne sucht. Insgesamt hat der Westen Mittel der russischen Zentralbank in Höhe von mehr als 300 Milliarden Euro eingefroren. Davon sind 200 Milliarden Euro in Europa angelegt, von denen wiederum 125 Milliarden Euro von Euroclear verwaltet werden. Die belgische Clearinggesellschaft hatte nach eigenen Angaben im 1. Halbjahr mit den russischen Geldern einen Gewinn in Höhe von 1,74 Milliarden Euro erzielt.

Hier das Statement von Ursula von der Leyen:

[Opening remarks by the President: EUCO October 2023 \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-room/media/30612)

Anti-Coercion-Instrument der EU

Nach Angaben von Business Europe hat der Europäische Rat die Verordnung zur Einführung eines EU-Instruments zur Bekämpfung von wirtschaftlicher Nötigung (Coercion) gegen Unternehmen durch Drittländer angenommen. Die Unterzeichnung der Verordnung wird voraussichtlich am 22. November 2023 erfolgen, und sie wird 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft treten. Weitere Informationen, einschließlich des Links zum Text der Verordnung, finden Sie hier.

Die wichtigsten Merkmale des neuen Instruments:

- Ziel: "...von wirtschaftlicher Nötigung abzuschrecken oder die Beendigung wirtschaftlicher Nötigung zu erwirken und gleichzeitig die Union in die Lage zu versetzen, als letztes Mittel wirtschaftlicher Nötigung durch Reaktionsmaßnahmen der Union entgegenzuwirken" (Art. 1)
- Definition von wirtschaftlicher Nötigung und Festlegung einer Reihe von Kriterien, die die Kommission und der Rat bei der Feststellung wirtschaftlicher Nötigung berücksichtigen (Art. 2)
- Einrichtung eines Prüfungsverfahrens, in dem die Kommission eine Drittlandmaßnahme prüft, und in dem sie auch Betroffene auffordern kann, Informationen vorzulegen (Artikel 4)
- Kommt das Prüfverfahren zu dem Schluss, dass eine wirtschaftliche Nötigung (oder die Androhung einer solchen) stattgefunden hat, wird die Kommission in enger Zusammenarbeit mit dem Rat über Durchführungsbefugnisse (Art. 5) mit dem betreffenden Drittland in Verbindung (Artikel 6), nimmt Konsultationen mit anderen Drittländern auf (Artikel 7) und erlässt unter bestimmten Bedingungen (Artikel 8) Gegenmaßnahmen der Union (siehe Anhang I), d. h. wenn die Konsultationen nicht zur Beendigung der wirtschaftlichen Nötigung geführt haben, wenn der Erlass einer Unionsmaßnahme zum Schutz der Interessen der Union erforderlich ist und wenn der Erlass von Gegenmaßnahmen der Union im Interesse der Union liegt (festgelegt in Artikel 9). Die Gegenmaßnahmen der Union können geändert, ausgesetzt und aufgehoben werden (Art. 12).
- Die Kommission holt Informationen über die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligten in der Union ein, auch durch Anhörung von Interessengruppen, insbesondere von Verbänden, die im Namen von Wirtschaftsbeteiligten in der Union handeln, und von Gewerkschaften (Art. 13).

- Innerhalb der Kommission wird eine einzige Anlaufstelle für die Anwendung der Verordnung eingerichtet (Art. 14).

- Es gelten Vertraulichkeitsbestimmungen (Art. 15)

Die Verordnung soll Anfang Dezember in Kraft treten. BusinessEurope wird seine Mitglieder, zu denen auch der BDI gehört, über die weitere Entwicklung informieren. Da es sich um ein neues Instrument handelt, soll die Umsetzung der Verordnung genau beobachtet werden.

EU-Übersicht zu Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft

Der EU-Rat hat eine Infografik erstellt, in der die Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft, einschließlich BIP, Handel, Einnahmen aus fossilen Brennstoffen und eingefrorenen Vermögenswerten, dargestellt sind.

Die wichtigsten Statistiken umfassen:

- ein prognostizierter Rückgang des BIP (im Vergleich zu 2021) von 2,5 % durch die OECD, 0,7 % durch den IWF und 0,2 % durch die Weltbank;
- ein Rückgang der Exporte um rund 15 % seit 2018 nach Angaben des IWF und der Weltbank; ein leichter Rückgang der Importe seit 2018 nach Angaben des IWF und ein leichter Anstieg der Importe seit 2018 nach Angaben der Weltbank;
- Ein Rückgang der Einnahmen aus Ölexporten im Februar 2023 um 41,7 % im Vergleich zum Februar 2022 laut Internationaler Energieagentur;
- 300 Mrd. EUR an Reserven der russischen Zentralbank sind eingefroren, davon 200 Mrd. EUR in der EU, 70 % der Vermögenswerte des russischen Bankensystems unterliegen Sanktionen, 20 Mrd. EUR an eingefrorenen Vermögenswerten von Einzelpersonen und Unternehmen.

[Impact of sanctions on the Russian economy - Consilium \(europa.eu\)](#)

Russischer Geschäftsmann festgenommen

Am 30. Oktober nahm die französische Polizei Berichten zufolge den russischen Geschäftsmann Alexey Kuzmichev im Rahmen von Ermittlungen wegen Geldwäsche, Steuerbetrug und Verstößen gegen Sanktionen fest. Die Polizei führte mehrere Durchsuchungen an verschiedenen Orten in Frankreich durch. Kuzmichev, ein Anteilseigner der Alfa Group, wurde im März 2022 von der EU sanktioniert.

Russischer Unternehmer in Finnland enteignet

Ein Gerichtsvollzieher hat in Kirkkonummi/Finnland die Immobilien des russischen Staatsbürgers Boris Aljoschin beschlagnahmt, der wegen des Krieges in der Ukraine auf die EU-Sanktionsliste gesetzt wurde.

Die Beschlagnahmung wurde im September auf Initiative des finnischen Außenministeriums durchgeführt. Nach der Entscheidung des Gerichtsvollziehers wurden zwei benachbarte Grundstücke mit Immobilien in der Nähe der Stadt Longwick von Aleshin beschlagnahmt. Die Grundstücke haben einen Wert von mehr als 2,5 Millionen Euro. Die EU hatte den 68-jährigen Geschäftsmann und Wissenschaftler Boris Aljoschin im Sommer wegen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine auf die Sanktionsliste gesetzt. Die Entscheidung wird damit begründet, dass der in Moskau ansässige Aljoschin in zahlreichen Unternehmen tätig ist, die mit der russischen Militärindustrie verbunden sind.

[Связанный с военной промышленностью РФ бизнесмен Борис Алёшин потерял элитное имущество в Финляндии – его конфисковал судебный пристав \(yle.fi\)](#)

Verurteilung wegen Sanktionsumgehung

In einem am 1. November verkündeten Urteil hat das Bezirksgericht Rotterdam einen russischen Geschäftsmann wegen Umgehung der EU-Sanktionen gegen Russland zu 18 Monaten Haft verurteilt. Dies berichtet europeansanctions.com.

Der Mann, dessen Identität gemäß den niederländischen Gerichtsvorschriften nicht bekannt gegeben wurde, exportierte Mikrochips und Elektronik mit doppeltem Verwendungszweck an russische Rüstungsunternehmen, wobei er gefälschte Rechnungen verwendete und die Waren über die Malediven nach Russland schickte. Das Unternehmen, über das er tätig war, wurde zu einer Geldstrafe von 200 000 Euro verurteilt.

Liste besonders kritischer Güter aktualisiert

Die EU hat eine aktualisierte Fassung der Liste von Gütern veröffentlicht, die als wirtschaftlich kritisch für Russland angesehen werden.

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

Hier die Listen von Gütern aus EU-Produktion, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of High Priority Battlefield Items \(Version of September 2023\) \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Sanktionsübersicht zu Russland

Am 30. August erschien eine **neue Gesamtübersicht der Wirtschaftskammer Österreich zu allen Sanktionen der EU und der USA gegen Russland**, sowie der russischen Gegensanktionen mit Suchfunktion. Das über 600 Seiten starke Dokument wurde von der Wirtschaftskammer Österreichs erstellt und ist als Download verfügbar:

[Programm Inlandsveranstaltung ohne Titelblatt \(wko.at\)](#)

Aktuelle Sanktionsübersicht zu Belarus

Auf dieser Seite von Germany Trade & Invest finden Sie eine aktuelle Zusammenfassung der Belarus-Sanktionen.

[Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen \(Listungen\) | Wirtschaftsumfeld | Belarus | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

4. Russland

Ölpreisdeckel fast wirkungslos: Russlands Einnahmen aus Öl und Gas erreichen Jahreshöchststand

Russlands Einnahmen aus dem Handel mit Energierohstoffen sprudeln wieder. Sowohl in den USA als auch in der EU wird deshalb verstärkt über eine Anpassung des Preisdeckels für russische Öleinnahmen diskutiert. Grund ist: Der Ölpreisdeckel von 60 Euro pro Barrel wird zunehmend wirkungslos. Zuletzt führten die USA bereits Sanktionen gegen das wichtigste, russische Flüssigerdgasprojekt Arktic LNG ein.

Die Einnahmen Russlands aus Öl- und Gasverkäufen haben im Oktober mit rund 1,6 Billionen Rubel (rund 16,5 Milliarden Euro) einen neuen Höchststand erreicht, berichtet die Berliner Zeitung. Damit habe sich der Wert im Vergleich zum letzten Rekordwert im Juli dieses Jahres verdoppelt. Die Höhe der zusätzlichen Öl- und Gaseinnahmen, die der russische Staat mit einer seit 2018 geltenden Übergewinnsteuer kassiert, übertraf die Oktober-Prognose um 7,5 Prozent und erreichte den Stand von 551 Milliarden Rubel oder 5,5 Milliarden Euro. Im November wird der Staat nach Prognosen des Finanzministeriums 583,3 Milliarden Rubel zusätzlich aus Öl und Gas einnehmen, also 5,9 Milliarden Euro.

Insgesamt hat der russische Staat in den zehn Monaten dieses Jahres 7,22 Billionen Rubel aus den Öl- und Gasverkäufen eingenommen, umgerechnet 72,6 Milliarden Euro. Dies liegt allerdings noch deutlich unter den Einnahmen des Rekordjahrs 2022 mit damals 11,6 Billionen Rubel an Öl- und Gaseinnahmen. Die Gaseinnahmen machten 2022 dabei noch rund 20 Prozent der gesamten Gas- und Öleinnahmen aus, im laufenden Jahr liegt der Gasanteil unter zehn Prozent. Der steigende Ölpreis und die Bereitschaft der asiatischen Länder, russisches Rohöl und die Ölprodukte trotz des Ukraine-Krieges zu kaufen, spielten Moskau jetzt in die Hände. Nach einer Einschätzung des führenden Rohstoff-Analyseunternehmens Kpler mit Sitz in Brüssel wird Russland daher im November die Ölexporte drastisch steigern.

Seit vergangenem Dezember dürfen westliche Unternehmen russisches Öl nicht transportieren, wenn der Preis über 60 US-Dollar pro Barrel (56 Euro) liegt. Diese Maßnahme soll zum einen die Belieferung der Weltmärkte mit russischem Rohöl sichern. Zum anderen aber soll es die Einnahmen Russlands für jedes verkaufte Barrel senken und damit Moskaus Kriegsausgaben eindämmen. Zwar sollen die Sanktionen anfangs wie erwartet gewirkt haben, mittlerweile aber weiß Russland sie zu umgehen, berichtet The Wall Street Journal. „Die Preisobergrenze hat wie geplant funktioniert, ist aber jetzt überholt“, zitiert die amerikanische Zeitung die Leiterin der Rohstoffstrategie bei JPMorgan Chase, Natasha Kaneva. Russland umgehe die Obergrenze weitestgehend, indem es Rohöl mit einer Flotte veralteter Tanker transportiere, gegen die die Sanktionen nur begrenzt greifen würden, heißt es. Der Anstieg der russischen Ölpreise deute darauf hin, dass die Obergrenze zunehmend nicht mehr durchsetzbar sei, kritisiert die Expertin.

Russische Ölgesellschaften und ihre Handelspartner würden als Reaktion auf die Sanktionen das eigene Schifffahrtsnetz enorm aufbauen, heißt es weiter. Nach Untersuchungen der Kyiv School of Economics verfügte das Land im September über eine Schattenflotte von 180 Tankern, die Öl und Ölprodukte von russischen Häfen aus

beförderten. Die größten Kunden China, Indien und Türkei würden sich nicht an die westlichen Obergrenzen halten. Zudem gaben Analysten des Center for Strategic and International Studies an, dass Händler die Obergrenze der Ölpreise bisher umgingen, indem sie die Kosten für den Transport künstlich in die Höhe trieben.

Nach Angaben von S&P Global werden derzeit mehr als die Hälfte der russischen Rohölexporte mit einer Nicht-G7-Versicherung verschifft. Im Januar waren es nur rund 35 Prozent. Darüber hinaus unterschrieb der Kremlchef Wladimir Putin Anfang November ein Gesetz zur Änderung der Haushaltsregel. Demnach werden ab 2024 die Öl- und Gaseinnahmen erneut auf der Grundlage des Grundölpreises berechnet, der auf 60 US-Dollar pro Barrel festgelegt wird. Mit der Haushaltsregel sollen überschüssige Einnahmen aus Öl- und Gasexporten durch den Kauf von Fremdwährungen in Ersparnisse umgewandelt werden.

Das britische Internationale Institut für Strategische Studien meint, dass westliche Beamte die Durchsetzung der Sanktionen verbessern würden, indem sie eine strenge Haftung für Verstöße gegen die Preisobergrenze einführen und die Dokumentationsanforderungen zur Vorbeugung von Bescheinigungsbetrug verschärfen. „Die Wirksamkeit der Preisobergrenze hat nachgelassen, aber das bedeutet nicht, dass sie nicht mehr zu retten ist“, sagte die wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts, Maria Shagina, dem Wall Street Journal.

[Neuer Bericht: So umgeht Russland legal die Öl-Sanktionen des Westens \(berliner-zeitung.de\)](#)

Schärfere Devisen-Regeln für westliche Unternehmen

Russland hat laut einem Bericht der Financial Times die Hürden für westliche Unternehmen, die sich aus dem Land zurückziehen wollen, weiter erhöht. Dem Bericht zufolge erschwert die Regierung es den Unternehmen zunehmend, Erlöse aus dem Verkauf ihres Russlandgeschäfts außer Landes zu bringen. Mit den Beschränkungen soll der Rubel gestützt werden. In der russischen Landeswährung abgewickelte Unternehmensverkäufe würden hingegen keinen derartigen Beschränkungen unterliegen. Die Zeitung spricht von inoffiziellen Kapitalverkehrskontrollen. Kremlsprecher Dmitrij Peskow kommentierte den Bericht mit den Worten, dass der Rubel „absolute Priorität“ habe. Einen „freien Ausgang“ für westliche Unternehmen könne es unter den gegenwärtigen Umständen nicht geben.

[Russia Introduces New Currency Controls for Exiting Companies to Prop Up Ruble – FT - The Moscow Times](#)

Ausweitung der Devisenkontrollen für russische Unternehmen

Die russische Regierung will die strengeren Devisenkontrollen, die ab nächstem Jahr für ausgewählte russische Unternehmen gelten, auch auf deren Auslandstöchter ausweiten.

Dies berichtet der Kommersant. Laut einem Änderungsantrag der Regierung zum Devisenkontrollgesetz, müssten nicht nur die russischen Mutterkonzerne ihre Devisengeschäfte gegenüber den Finanzbehörden offenlegen, sondern auch die von ihnen kontrollierten Unternehmen im Ausland. Welche Daten sie nach Russland melden müssen, soll zwischen den zuständigen Ministerien und der Zentralbank ausgehandelt werden. Von der Maßnahme dürften in erster Linie Exporteure betroffen sein. Für welche Unternehmen die strengeren Devisenregeln gelten werden, soll nicht öffentlich gemacht werden.

[ЦБ получит доступ к данным об активах и обязательствах экспортеров за рубежом \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru)

Lagerraum für Parallelimporte nach Russland ist knapp

Die Entwicklung von Parallelimporten und neuen Lieferwegen hat in den postsowjetischen Ländern zu einer Verknappung der Lagerflächen geführt, wobei die potenzielle Nachfrage eine Million Quadratmeter übersteige. Dies berichtet der russische Kommersant. Eigentümern der Anlagen hätten deshalb bereits die Mietpreise um 25-30 Prozent erhöht. Dennoch gebe es keinen Neubauboom, weil Investoren Zweifel an der Nachhaltigkeit der bestehenden Routen hätten. Ein Teil des Warenstroms sei inzwischen aus Kasachstan in die Türkei verlagert worden.

Die potenzielle Nachfrage nach Lagerhallen im nahen Ausland, hauptsächlich von russischen Unternehmen, wird laut NF Group bis 2025 auf mindestens 1,1 Millionen Quadratmeter geschätzt. Die Analysten betrachteten die Märkte von Belarus, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Aserbaidschan, Armenien und Georgien und stellten fest, dass es dort an Flächen mangle. Seit 2022 hätten Unternehmen aus Russland 250.000 Quadratmeter Lagerfläche in den postsowjetischen Märkten belegt, so Ekaterina Nogai, Leiterin der Forschungs- und Analyseabteilung bei IBC Real Estate.

Nach Angaben der NF Group gibt es in Georgien (74.000 m²), Armenien (72.000 m²), Kirgisistan (46.000 m²) und Tadschikistan (10.000 m²) keine leerstehenden Lagerhäuser. In Belarus (1,6 Mio. m²) stehen 0,3 Prozent leer, in Kasachstan (1,3 Mio. m²) – weniger als 1 %, in Usbekistan (208 000 m²) 5,2 %, in Aserbaidschan (400 000 m²) - 5,8 %.

Vor dem Hintergrund der verschärften westlichen Sanktionen begann die russische Wirtschaft, sich aktiv für Lagerhäuser in Transkaukasien und Zentralasien zu interessieren. Den ersten Nachfrageschub verzeichneten die Berater vor einem Jahr. Yulia Shlenskaya, Präsidentin des Zollmaklers KVT Service, sagt, dass die Bestimmungsorte hauptsächlich für Parallelimporte von Elektronik, Ersatzteilen usw. genutzt werden. Ein weiterer Faktor sei die Entwicklung russischer Marktplätze auf diesen Märkten. Viktor Afanasenko, Regionaldirektor der Abteilung für Lager und gewerbliches Eigentum von Nikoliers, fügt hinzu, dass internationale Hersteller, die sich entschlossen haben, aus Russland wegzuziehen, ebenfalls für Nachfrage gesorgt hätten.

Ein Teil der Warenströme aus Kasachstan wurde bereits in die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate verlagert, und der Lieferkanal über China nimmt zu, berichten die

Experten. Shlenskaya nennt auch Dubai und die Türkei als Nachfrager. Kirill Latinsky, Exekutivdirektor von Transasia Logistics, sagt, dass die weitere Entwicklung von Logistikeinrichtungen das Vertrauen der Investoren in die Aufrechterhaltung des Versorgungskorridors voraussetzt. Was beispielsweise Kasachstan betreffe, so habe der Markt angesichts der zweideutigen Äußerungen der Behörden des Landes kein solches Verständnis, und die Türkei scheine heute eine zuverlässigere Option zu sein.

[Индекс промышленной активности Китая неожиданно сократился – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

USA weiten Russland-Sanktionen deutlich aus

Die USA haben neue Sanktionen gegen Dutzende Unterstützer des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verhängt. Die Sanktionen zielen unter anderem auf eine Schwächung des russischen Energie- und Rohstoffsektors ab, wie aus Mitteilungen des Finanz- und Außenministeriums in Washington vom 2. November hervorgeht. Zudem richteten sie sich gegen Personen und Unternehmen, die sich an der Umgehung von Sanktionen beteiligen.

Neu auf die Sanktionsliste kommen etwa der Betreiber eines Flüssigerdgas-Projekts des großen russischen Erdgasunternehmens Novatek in der russischen Arktis und das Bergbauunternehmen Rustitan, das ein Projekt zur Erschließung des größten Titanerzvorkommens der Welt in Russland verantwortet. Auch Alexander Sacharow, der den Bau russischer Lancet-Drohnen verantwortet, wurde gelistet. Als Folge der Sanktionen werden mögliche Vermögenswerte der Betroffenen in den USA gesperrt. US-Bürgern und auch allen anderen, die sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, sind Geschäfte mit den sanktionierten Firmen, Einrichtungen und Personen untersagt. Auch internationale Geschäfte werden durch die Sanktionen für Betroffene meist deutlich schwieriger.

Die USA beziehen in ihre neuen Sanktionen auch Einrichtungen in der Türkei, China und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein, um Moskaus Lieferketten zu unterbrechen. Das US-Finanzministerium erklärte, Russland habe die Produktion von Technologie, Ausrüstung und anderen Gütern, die es für sein Militär benötigt, ins Ausland verlagert und sei bei der Beschaffung dieser Güter auf Lieferanten in anderen Ländern angewiesen. „Russland ist von willigen Personen und Unternehmen aus Drittländern abhängig, um sein Militär zu versorgen und seinen abscheulichen Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen, und wir werden nicht zögern, sie zur Rechenschaft zu ziehen“, sagte Finanzministerin Janet Yellen in einer Erklärung. Das US-Finanzministerium fügte hinzu, dass Russland „ansonsten legitime Wirtschaftsbeziehungen“ mit anderen Ländern ausgenutzt habe. Demnach haben Unternehmen in China, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten Russland Güter mit doppeltem Verwendungszweck geliefert, wie etwa wichtige Komponenten, auf die Moskau für seine Waffensysteme angewiesen ist.

Die jüngsten Sanktionen betreffen 130 neue Zielpersonen. Darunter befinden sich der türkische Staatsbürger Berk Turken wegen seiner Rolle in einem Beschaffungsnetzwerk mit Verbindungen zu russischen Geheimdiensten sowie ein in den VAE ansässiges Netzwerk wegen angeblicher Beteiligung an der illegalen Finanzierung Russlands, so das Ministerium. Die Sanktionen zielten auch auf Russlands heimische Industrie ab, da Moskau diese neu ausgerichtet hat, um sicherzustellen, dass die Kriegsmaschinerie aufrechterhalten werden könne.

Ein weiterer Bereich ist der Finanzdienstleistungssektor, in dem Sanktionen gegen sieben in Russland ansässige Banken verhängt wurden. Neben dem Finanzministerium verhängt auch das US-Außenministerium fast 100 Sanktionen, die auf Bereiche wie Russlands künftige Energieproduktion und -einnahmen, den Metall- und Bergbausektor sowie die Beschaffung von Verteidigungsgütern ausgerichtet sind. Sämtliches Eigentum und alle

Beteiligungen an Eigentum der sanktionierten Parteien in den USA sind blockiert und müssen den US-Behörden gemeldet werden, wobei auch Transaktionen mit sanktionierten Personen eingeschränkt sind.

In einer separaten Erklärung teilte das Handelsministerium mit, dass es 13 Unternehmen auf die schwarze Liste gesetzt habe, weil sie das russische Militär durch die Beschaffung, Entwicklung und Verbreitung von russischen Drohnen unterstützen. Unter den Organisationen befinden sich zwölf in Russland und eine in Usbekistan. Mit dieser Regelung werde ihnen der legale Zugang zu Gütern, die der amerikanischen Gerichtsbarkeit unterliegen, verwehrt, so das Handelsministerium.

Sanktionsmaßnahmen der verschiedenen Ministerien:

Das US-Außenministerium verhängt Sanktionen gegen mehr als 90 Organisationen und Einzelpersonen, die an der Umgehung von Sanktionen beteiligt sind und die dazu beitragen, dass Russland seinen Krieg gegen die Ukraine führen kann. Unsere heutigen Maßnahmen zielen unter anderem auch auf Russlands künftige Energiekapazitäten ab, um Moskaus Fähigkeit einzuschränken, künftige Einnahmen für seine Ziele zu verwenden. Dazu wurde unter anderem eine wichtige Einrichtung, die an der Entwicklung, dem Betrieb und dem Eigentum an Russlands wichtigem Flüssigerdgasprojekt Arctic LNG 2 beteiligt ist, sanktioniert. Auch der Titan-Sektor des Landes ist von den neuen Sanktionen betroffen.

[Taking Additional Sweeping Measures Against Russia - United States Department of State](#)

[Taking Additional Sweeping Measures Against Russia - United States Department of State](#)

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums will Netzwerke und Kanäle unterbrechen, über die Russland versucht, sein angeschlagenes Militär zu unterstützen. Es führt Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen, die Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine unterstützen würden, indem sie Russland mit dringend benötigter Technologie und Ausrüstung aus Drittländern versorgten. Darüber hinaus zielen diese Maßnahmen auf Russlands heimische Industrie, die versucht, sich selbst als Erhalter von Russlands Kriegsmaschinerie neu zu erfinden. Mit diesen Maßnahmen störe das Finanzministerium Hersteller, Exporteure und Importeure von fast allen wichtigen Gütern, die von der internationalen Koalition, die Sanktionen und Ausfuhrkontrollen gegen Russland verhängt hat, identifiziert wurden. Das US-Office of Foreign Sanctions Control hat deshalb am 2. November mehr als 100 Personen und Einrichtungen neu gelistet, die an Russlands Energieproduktion und -einnahmen, dem Metall- und Bergbausektor, der Beschaffung von Verteidigungsgütern und der Unterstützung von Kriegsanstrengungen beteiligt sind und zumeist ihren Sitz in Russland haben.

Sanktioniert wurden zudem:

- die in Luxemburg ansässige East West United Bank SA
- die in Singapur ansässige Sistema Asia PTE LTD.

Sanktioniert wurden auch Einrichtungen und Personen in der VR China, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten und anderen Ländern, die Güter mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland geliefert haben sollen:

- 3 in der VR China ansässige Versandunternehmen;
- 9 in der Türkei ansässige Unternehmen, darunter Technologiehersteller, Logistikunternehmen und Elektronikunternehmen, sowie 1 türkische Einzelperson;
- 12 Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, darunter Schifffahrts-, Flugzeug- und Elektronikunternehmen, einschließlich ARX Financial Engineering Limited sowie zwei irische Staatsangehörige und ein lettischer Staatsangehöriger, die mit ARX in Verbindung stehen;
- Advanced Industrial Technologies GmbH mit Sitz in der Schweiz und ihr Schweizer CEO, Anton Garevskikh
- die in Oman ansässige Tadawul Financial Services SAOC, eine Boutique-Investmentfirma;
- das in Zypern ansässige Unternehmen Solinvest LTD und die zyprische Staatsangehörige Aegli Tamani Phella.

Es wurden 4 General Licenses erteilt, mit denen administrative Transaktionen und die Abwicklung von Transaktionen genehmigt wurden:

- Die Russland betreffende Generallizenz 13G, „Genehmigung bestimmter administrativer Transaktionen, die durch die Direktive 4 der Executive Order 14024 verboten sind“;
- Russland-bezogene Generallizenz 74, „Genehmigung der Abwicklung und Ablehnung von Geschäften, an denen die East-West United Bank beteiligt ist“;
- Russlandbezogene Generallizenz 75, „Genehmigung bestimmter Transaktionen im Zusammenhang mit Schulden oder Aktien von oder Derivatkontrakten, an denen bestimmte, am 2. November 2023 gesperrte Einrichtungen beteiligt sind“;
- die Russland betreffende Generallizenz 76 „zur Genehmigung der Abwicklung von Geschäften, an denen bestimmte am 2. November 2023 gesperrte Einrichtungen beteiligt sind“.

[Treasury Hardens Sanctions With 130 New Russian Evasion and Military-Industrial Targets | U.S. Department of the Treasury](#)

[Russia-related Designations, Updates and Removal; Counter Terrorism Designation Update; Issuance of Russia-related General Licenses | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Millionenstrafe wegen Sanktionsverstößen gegen Payoneer

Am 2. November 2023 verhängte das New York State Department of Financial Services (NYSDFS) eine Strafe in Höhe von 1,25 Millionen Dollar gegen Payoneer Inc, einen in New York ansässigen Anbieter von Online-Geldtransfer- und digitalen Zahlungsdiensten. Dies berichtet europeansanctions.com.

Die NYSDFS stellte fest, dass Payoneer eine Zahlung an eine Bank in der ukrainischen Region Krim abgewickelt hatte, was nach den für diese Region geltenden US-Sanktionen verboten ist. Payoneer hat eine freiwillige Selbstauskunft gegenüber der OFAC abgegeben und Abhilfemaßnahmen ergriffen, um technische Probleme in seinem OFAC-Compliance-System zu beheben.

Die NYSDFS-Strafe kommt zu einer separaten Strafe in Höhe von 1,4 Mio. USD hinzu, die von der OFAC im Juli 2021 verhängt wurde, weil Payoneer kommerzielle Transaktionen für Parteien abgewickelt hat, die in mehreren Regionen ansässig sind, die den US-Sanktionen unterliegen, darunter die Krim, der Iran, der Sudan und Syrien, sowie 19 Zahlungen im Namen sanktionierter Personen.

[NYSDFS Enforcement Action - November 2, 2023: Consent Order to Payoneer, Inc.](#)

Verhaftungen in den USA wegen Sanktionsumgehung

In Brooklyn, USA, wurde eine Strafanzeige gegen Nikolay Goltsev, Salimdzhon Nasriddinov und Kristina Puzyreva wegen Verschwörung und anderer Anklagen im Zusammenhang mit einem globalen Beschaffungsprogramm im Namen bestimmter russischer Einrichtungen, einschließlich mit dem russischen Militär verbundener Unternehmen, die gegen US-Sanktionen und Ausfuhrkontrollen verstoßen haben, veröffentlicht. Dies berichtet europeansanctions.com.

Den drei Personen wird vorgeworfen, über verschiedene Zwischenhändler in der Türkei, Hongkong, Indien, China und den Vereinigten Arabischen Emiraten Elektronikartikel im Wert von Millionen von Dollar von US-Herstellern illegal nach Russland exportiert zu haben.

Nasriddinov, ein in Brooklyn wohnhafter Bürger mit russischem und tadschikischem Pass, wurde in Brooklyn verhaftet. Goltsev und Puzyreva, russisch-kanadische Doppelstaatsangehörige, wurden in einem Hotel in Manhattan festgenommen.

[Eastern District of New York | Brooklyn Resident and Two Russian-Canadian Nationals Charged with Massive Sanctions Evasion and Export Control Scheme | United States Department of Justice](#)

Sanktionen wegen Geldwäsche

Am 3. November hat das OFAC die russische Staatsangehörige Ekaterina Zhdanova wegen ihrer mutmaßlichen Rolle bei der Geldwäsche und dem Transfer von Geldern mit Hilfe virtueller Währungen im Namen sanktionierter russischer Personen und Organisationen selbst ebenfalls auf die Sanktionsliste gesetzt.

[Russia-related Designation | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Ausnahmeregelung für Energiegeschäfte

Am 25. Oktober erteilten die USA die Russland betreffende General License 8H. Sie ersetzt die General License 8G, die am 25. Oktober 2023 ausgelaufen ist. Die Ausnahmegenehmigung gilt bis 1. Mai 2024 und autorisiert „Transactions Related to Energy“ für die folgenden Einrichtungen:

- State Corporation Bank für Entwicklung und Außenwirtschaft Vnesheconombank;
 - Public Joint Stock Company Bank Financial Corporation Otkritie;
 - Sovcombank Open Joint Stock Company;
 - Public Joint Stock Company Sberbank of Russia;
 - VTB Bank Public Joint Stock Company;
 - Joint Stock Company Alfa-Bank;
 - Öffentliche Aktiengesellschaft Rosbank;
 - Bank Zenit Public Joint Stock Company;
 - Bank Saint-Petersburg Public Joint Stock Company;
- sowie jede Einrichtung, an der eine oder mehrere der oben genannten Personen direkt oder indirekt, einzeln oder insgesamt, einen Anteil von 50 Prozent oder mehr halten
- oder die Zentralbank der Russischen Föderation.

Transaktionen „im Zusammenhang mit Energie“ haben eine weit gefasste Definition und umfassen die Förderung, Produktion, Umwandlung, den Kauf usw. von Erdöl und anderen Produkten, die zur Energieerzeugung geeignet sind.

Es sind jedoch auch eine Reihe von Beschränkungen dieser Ausnahmegenehmigung zu beachten.

Hier die Angaben:

[download \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Verbot von Maschinen-Exporten

Australien hat die Ausfuhr von Maschinen und zugehörigen Teilen nach Russland und in die vorübergehend kontrollierten Gebiete der Ukraine verboten, wie bereits im Mai 2023 angekündigt worden ist.

Die Autonomous Sanctions (Export Sanctioned Goods - Russia) Amendment (No 1) Designation 2023 bezeichnet bestimmte Maschinen und zugehörige Teile als „export sanctioned goods“ für Russland. Die Autonome Sanktionen (Export Sanctioned Goods - Specified Ukraine Regions) Bezeichnung 2023 bezeichnet bestimmte Maschinen und zugehörige Teile als „Export Sanctioned Goods“ für die spezifizierten Regionen der Ukraine (Krim, Sewastopol, Luhansk und Donezk).

[Autonomous Sanctions \(Export Sanctioned Goods—Russia\) Amendment \(No. 1\) Designation 2023 \(legislation.gov.au\)](#)

[Autonomous Sanctions \(Export Sanctioned Goods—Specified Ukraine Regions\) Designation 2023 \(legislation.gov.au\)](#)

Bosnien-Herzegowina u.a.

Maßnahmen gegen russische Medien

Die EU-Beitrittskandidaten Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine, Bosnien und Herzegowina sowie die EFTA-Länder Island und Liechtenstein haben sich der EU-Sanktionen gegen fünf russische Medien angeschlossen.

[Statement by the High Representative on behalf of the EU on the alignment of certain third countries concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

Großbritannien

General Licence für Rechtsdienstleistungen

Das britische Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI hat eine neue Allgemeingenehmigung für Rechtsdienstleistungen INT/2023/3744968 im Rahmen der Russland- und Weißrussland-Verordnung erteilt, die nach Ablauf der Allgemeingenehmigung für Rechtsdienstleistungen INT/2023/2954852 am 28. Oktober 2023 in Kraft tritt:

- die Kostenobergrenze gemäß Teil A und Teil B der Lizenz wurde auf 10 Prozent des Betrags, der für die Honorare des Rechtsanwalts und des Rechtsberaters zu zahlen ist, oder auf 50 000 £ verdoppelt, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist (100 000 £, wenn Teil A und Teil B kombiniert werden);
- die Frist für die Berichterstattung wurde von "innerhalb von 7 Tagen nach Abschluss der Rechtsdienstleistungen oder nach Beendigung der Lizenz" auf "innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt der Zahlung im Rahmen der Lizenz" geändert;
- das dem OFSI übermittelte Auftragsschreiben zwischen der EP und dem Rechtsberater muss ungeschwärzt sein;
- die Gruppen-ID der EP muss dem OFSI mitgeteilt werden.

[Legal Services GL Publication Notice INT.2023.3744968.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Bericht zu "frozen assets"

Im Rahmen der jährlichen Überprüfung der eingefrorenen Vermögenswerte hat das britische Finanzministerium alle Personen, die eingefrorene Vermögenswerte besitzen oder kontrollieren, aufgefordert, dem OFSI bis Freitag, den 10. November 2023, einen Bericht vorzulegen. Der Bericht muss den Wert dieser Vermögenswerte bei Geschäftsschluss am Freitag, den 29. September 2023, enthalten. Alle Meldungen müssen unter Verwendung des gestern aktualisierten Meldeformulars für eingefrorene Vermögenswerte erfolgen.

[Financial Sanctions Notice 2023 .pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Freiwillige Meldung von Sanktionsverstößen

Das britische Finanzministerium hat als Antwort auf eine Anfrage zur Informationsfreiheit mitgeteilt, dass 127 Unternehmen bis zum 17. Mai 2023 freiwillig Verstöße gegen Russland-Sanktionen an die britische Regierung gemeldet haben.

Am 9. Oktober 2023 erklärte der Direktor des OFSI, dass Unternehmen, die in gutem Glauben handeln und "versuchen, das Richtige zu tun" und mit „angemessener Sorgfalt“ vorgehen, keine harten Strafen zu erwarten haben, wenn sie freiwillig Sanktionsverstöße melden.

Indien

Beteiligung an Sanktionen weiterhin nicht geplant

Alle westlichen Demokratien außer Israel haben wegen des Angriffes auf die Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt. Allerdings tut dies kein Schwellenland, auch nicht Indien. Nach fast zwei Jahren seit dem Ausbruch des Krieges habe sich die indische Position dazu kaum verändert, wie aus einem Interview des indischen Außenministers Subrahmanyam Jaishankar mit der italienischen Zeitung Corriere della Sera hervorgeht, das die Berliner Zeitung zusammengefasst hat

„Bei diesen Sanktionen handelt es sich im Wesentlichen um Hebel, die den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf der Grundlage von über viele Jahre aufgebauten Mechanismen, Befugnissen und Instrumenten zur Verfügung stehen“, sagte Jaishankar der Zeitung anlässlich seines Besuchs in Rom vom 2. bis zum 3. November. „Sie nutzen diese Hebel, wenn es ihnen passt. Und es ist nicht so, dass sie sich an die Vereinten Nationen wenden, um Legitimität zu erlangen: Sie tun es, wenn sie denken, dass ihre Interessen auf dem Spiel stehen“, legte der Diplomat nach, der neben Premierminister Narendra Modi zur rechtskonservativen Bharatiya Janata Party („Indische Volkspartei“) gehört.

Das Konzept der Sanktionen werde aber in vielen Teilen der Welt nicht in gleicher Weise akzeptiert, erinnerte der 68-Jährige. Es habe nur den Anschein, dass sich die ganze Welt auf Sanktionen geeinigt hätte, „so ist es nicht wirklich.“

Auf die Frage zu Lösungen im Ukraine-Krieg erinnerte der Minister an die Position des indischen Premierministers Modi, die er bei einem Treffen im September 2022 gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin dargelegt hatte. „Die gegenwärtige Ära ist keine Ära des Krieges“, sagte Modi damals. Jaishankar wies darauf hin, dass Kiew und Moskau sich an den Verhandlungstisch setzen müssten. Indien sei bereit dabei zu helfen.

[Ukraine-Krieg: Indiens Außenminister erklärt, warum sein Land Russland-Sanktionen ablehnt \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/ukraine-krieg-indiens-aussenminister-erklart-warum-sein-land-russland-sanktionen-ablehnt-berliner-zeitung.de)

Kasachstan

Kasachstan dementiert Berichte über Ausfuhrverbote nach Russland

Kasachstan hat Angaben aus der Ukraine dementiert, laut denen Ausfuhrverbote von Dual-Use-Gütern ausländischer Produktion nach Russland erlassen worden seien. Laut Andriy Yermak, des Leiters des ukrainischen Präsidentialamtes, habe Kasachstan „ein Verbot für die Ausfuhr von 106 Arten von Gütern nach Russland verhängt, darunter auch technologische Artikel, die für militärische Zwecke verwendet werden könnten“. Eine gleichlautende Meldung war auch über kasachische Medien verbreitet worden. Dazu ließ die kasachische Regierung nun folgendes mitteilen:

„Die in den Medien verbreitete Information über das Verbot des Verkaufs von 106 Warenarten nach Russland wird vom Ministerium für Handel und Integration der Republik Kasachstan offiziell für falsch erklärt.

Die Handelsbeziehungen zwischen Kasachstan und Russland werden in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion geregelt. Es gab keine Ausfuhrverbote für Waren in die Russische Föderation im Zusammenhang mit den antirussischen Sanktionen.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass der Handel mit so genannten Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, die unter die Ausfuhrkontrolle fallen, in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen der Republik Kasachstan erfolgt. Nach der Gesetzgebung der Republik Kasachstan ist für solche Güter eine entsprechende Ausfuhr-, Einfuhr- und Durchfuhrgenehmigung erforderlich. Das Ausfuhrkontrollsystem ist ein spezieller Bereich der Handelspolitik, der die Einholung von Genehmigungen für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck beinhaltet. Die Exportkontrolle ist eine nationale Zuständigkeit, die auch im Vertrag über die EAWU festgelegt ist.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass die Ausfuhrkontrolle von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck seit über 20 Jahren in Übereinstimmung mit internationalen Ausfuhrkontrollregelungen durchgeführt wird.“

[Комментарий МТИ \(www.gov.kz\)](http://www.gov.kz)

Hier die Meldung über angebliche Ausfuhrverbote im Original:

[Казахстан запретил экспорт 106 видов годных к использованию в войне товаров в Россию \(kaztag.kz\)](http://kaztag.kz)

7. Blick über den Tellerrand

Keine aktuellen Meldungen

8. Termine

9. November: Business for Business - Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online

Der Arbeitskreis Russland des Ost-Ausschusses lädt Mitgliedsunternehmen zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung Business for Business zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland ein. Die Veranstaltung findet statt am Donnerstag, den 9. November 2023, 09:00 Uhr (MEZ) via MS Teams.

Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Bei Interesse zur Teilnahme oder bei Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an
Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
T. +49 30 206167-123
C.Schuchart@oa-ev.de

15. November: Konferenz: Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024 | Hamburg

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Kühne Logistics University laden Sie herzlich ein zu unserer zweiten Hamburger Präsenz-Konferenz

Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024

am 15. November 2023 von 15:00 – 18:30 Uhr
auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU),
Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Auch in diesem Jahr bieten Ost-Ausschuss und KLU Ihnen einen hochrangigen Austausch über aktuelle Herausforderungen für Lieferketten und Logistik. Mehr als eineinhalb Jahre nach Beginn des russischen Angriffskrieges stehen die Lage in der Ukraine, die internationale Beteiligung am Wiederaufbau sowie die Einschätzung der Folgen für viele

Wirtschaftsbereiche im Mittelpunkt der politischen und wirtschaftlichen Diskussionen - und damit auch im Mittelpunkt der Konferenz.

Wir freuen uns sehr,

S.E. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Melanie Leonhard, Senatorin für Wirtschaft und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg
Dr. Malte Heyne, Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg,

auf unserem Panel begrüßen zu dürfen.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Wir danken dem Hafen Hamburg Marketing e.V., der Handelskammer Hamburg und der Logistik-Initiative Hamburg für die Unterstützung der Konferenz.

Weitere Informationen und das Programm finden Sie hier:

[Konferenz: Russlands Angriffskrieg: Herausforderungen für Logistik und Lieferketten in der Ukraine und in Osteuropa 2023-2024 | Hamburg | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

9. Tipps & Links

Podcast zum Ölpreisdeckel: Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer in Moskau bietet einen regelmäßigen **Podcast** zu aktuellen Wirtschaftsthemen an. In einer der letzten Ausgaben geht es im Gespräch mit Ben Aris, Gründer von **BNE IntelliNews** über die Wirkungen des Ölpreisdeckels und seine Lücken:

[Zaren. Daten. Fakten. - Russia's Economic Realities: A Conversation with Ben Aris \(google.com\)](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

FAQ der EU zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:
[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss